

MV Basel strebt besseren Wohnschutz an

m&w: Im Kanton Basel-Stadt existiert bereits ein Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern. Wie sind die Erfahrungen?

Patrizia Bernasconi: Das Basler Gesetz stammt aus den 1970er Jahren. Schon damals war die Zweckentfremdung von Wohnraum ein grosses Problem. Wohnhäuser mussten Geschäftsliegenschaften weichen, und Wohnungen wurden immer wieder in Geschäftsräume zweckentfremdet. Um solche Umwandlungen zu steuern, wurde eine Bewilligungspflicht eingeführt. Heute wenden die Behörden das Gesetz sehr large an. Die Bewilligungen werden grosszügig erteilt. Dies führt vermehrt zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum, auf den eine wachsende Schicht der Bevölkerung angewiesen ist. Dieser Wohnraum muss durch zusätzliche Massnahmen geschützt werden.



Patrizia Bernasconi

Welche Wohnungen verschwinden am meisten?

Wir beobachten vor allem, dass Zwei- und Dreizimmerwohnungen zu grösseren Wohnungen zusammengelegt werden. Um die Umbauarbeiten zügig voranzutreiben, werden nicht selten die Mietenden hinausgeekelt. Die Begründung für solche Umwandlungen lautet, dass es zu wenig grössere

m&w | In Basel will der Mieterinnen- und Mieterverband eine Wohnschutz-Volksinitiative lancieren. Sie zielt auf die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen ab. M&W unterhielt sich mit MV-Geschäftsleiterin Patrizia Bernasconi.

re Familienwohnungen gebe und in Basel zu viele Kleinwohnungen existieren würden, die man kaum mehr vermieten könne. Natürlich steigen die Mieten nach solchen Zusammenlegungen teils massiv an. Diese Entwicklung wird auch durch die offizielle Politik des Regierungsrates gefördert.

Wie das?

Wie andere Städte verfolgt auch Basel das Ziel, möglichst viele so genannte gute Steuerzahler anzulocken. Diese verfügen über höhere Einkommen und wollen mehr Wohnraum. Die einseitige Ausrichtung der Wohnpolitik auf diese Gruppe geht über die Mietzinsnot der breiten Schichten hinweg. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass in einer solchen Politik der soziale Gedanke weit gehend verloren gegangen ist. Deshalb braucht es dringend eine Korrektur.

Was sieht die Volksinitiative vor?

Wir bereinigen derzeit einen Gesetzestext. Angestrebt wird eine Ergänzung des bestehenden Abbruch- und Zwecksänderungsgesetzes. Im Zentrum steht eine Bewilligungspflicht für Renovierungen. Es sollen unnötige Schein-Luxusrenovierungen und unsoziale Mietzinssprünge nach erfolgtem Umbau verhindert werden. Wir orientieren

Wohnschutz in den Städten

m&w | Im Kanton Zürich lancierte der MV 1996 eine Wohnschutzinitiative, mit der preisgünstiger Wohnraum erhalten und das bestehende Wohnerhaltungsgesetz verbessert werden sollte. Sie scheiterte allerdings in der Volksabstimmung im September 1998, nach einer böswilligen Anti-MV-Kampagne. Besser ergeht es den Genfer Mietenden. Genf kennt den wohl stärksten Wohnschutz der Schweiz. Dort bedürfen Renovierungen, Umwandlungen oder Abbrüche von Wohnungen einer Bewilligung. Kriterium ist die Erschwinglichkeit der Miete für eine Mehrheit der Bevölkerung. Das Gesetz legt Höchstmieten sowie eine Mietzinskontrolle fest. Dazu gibts aber auch finanzielle Anreize für Hauseigentümer gegen das Verlotternlassen und für sanfte Renovierungen.

tieren uns dabei am Genfer Modell, das aber nicht nur Einschränkungen, sondern auch Anreize für Hauseigentümer zu beispielhaften Umbauten vorsieht.

Ist der Wohnschutz in Basel ein politisches Thema?

Leider wird das Problem fast überhaupt nicht diskutiert. Umso nötiger ist, es mit einer Volksinitiative den Anstoss dazu zu geben. Es gilt hier der irrigen Vorstellung zu begegnen, dass die hohen Sozialausgaben in Basel auf die grosse Anzahl von Einzimmerwohnungen zurückzuführen seien. In gewissen Kreisen besteht der Glaube, dass sich die Sozialaufwendungen senken liessen, wenn nur diese Wohnungen verschwinden würden. Solche falschen Ansichten müssen wir entschieden bekämpfen. Es geht nicht um die Anzahl der Zimmer, sondern um den hohen Preis von Wohnraum. Hier liegt das tatsächliche Problem.

Wann soll die Volksinitiative lanciert werden?

Im ersten Quartal 2006.

Büropaläste statt günstige Wohnungen: Der Wohnschutz in den Städten hat Lücken.



Bild m&w